

Spielberger Nachrichten

Nummer 56, Jänner 2022
Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ

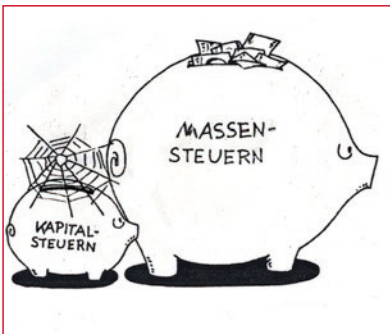


650.000 € Abgang im Gemeindebudget: Gemeinden werden finanziell ausgehungert Österreich hat viertgrößte Millionärdsdichte Eurpoas

Schon vor der Corona-Krise war die finanzielle Situation der Gemeinden nicht rosig, die finanzielle Ausstattung durch Bund und Land völlig ungenügend. Nun hat sich die Situation verschärft. Für 2022 wird im Spielberger Budget mit einem Abgang von rund 650.000 Euro gerechnet.

Die Wirtschaft hat von der Regierung Milliardenförderungen ohne Rückzahlungsverpflichtung erhalten. Im Gegensatz dazu werden Unterstützungsmittel, die Gemeinden erhalten haben, vom Bund bei künftigen Auszahlungen wieder einbehalten. Das ist genau das Gegenteil einer sozial gerechten Umverteilungspolitik, die so dringend notwendig wäre.

800 Mio. weniger für Gemeinden



Auch die „ökosoziale“ Steuerreform der schwarz-grünen Bundesregierung bringt eine zusätzliche Belastung. Sie wird den Gemeinden rund 800 Millionen Euro an Einnahmensverlust bringen. Deshalb,

weil große Unternehmen durch die Senkung der Körperschaftssteuer weniger Steuern zahlen werden.

Diese Einnahmen fehlen dann im Steuertopf. Somit wird auch anteilmäßig weniger an die Gemeinden ausgeschüttet. Das wird unserer Gemeinde mehrere hunderttausend Euro kosten. Ein Steuergeschenk an die Reichen auf Kosten der Gemeinden – und damit letztlich auf Kosten der GemeindebürgerInnen.

Reiche wurden auch in Corona-Krise reicher

Eine Schweizer Studie hat festgestellt, dass Österreich im Pandemiejahr 2020 mit 4,5 Prozent die viertgrößte Millionärssdichte Eurpoas hat. In Österreich ist der Reichtum besonders ungleich verteilt. Demnach besitzen zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 57 Prozent des gesamten Privatvermögens. Insgesamt



ist der Reichtum in Europa im Krisenjahr 2020 trotz Rückgang der Wirtschaftsleistung auf das Rekordniveau von 69 Billionen Euro gestiegen. Wir meinen eine solche Konzentration von Reichtum ist unsozial, undemokratisch und unmoralisch.

Es gibt gute Gründe warum wir das Budget aus Protest gegen die ungerechte Steuerpolitik, die ja auch Auswirkungen auf die Gemeinde hat, ablehnen. Es gibt auch einiges im Entscheidungsbereich der Gemeinde das wir kritisch sehen.

Gegen automatische Gebührenerhöhungen

Es ist falsch, dass es bei Gebühren eine jährliche automatische Preissteigerung gibt. Die Lohn- und Pensionserhöhungen werden heuer deutlich hinter der Inflation zurückbleiben. Die Energiepreise steigen haushoch, immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten ihre Kosten zu decken. Viel von dieser Teuerung wird auch durch Spekulationen an den Weltbörsen ausgelöst. **Wir meinen es wäre ein Beitrag zur Entlastung, die Erhöhung auszusetzen, wie es die Stadt Graz macht.**

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

**Höheres Sitzungsgeld,
neue Funktionsbezüge**

Auch die Erhöhungen beim Sitzungsgeld und die Einführung von Funktionsbezügen sind Teil des Budgets. Wir sind mit dem Ausmaß der Erhöhungen nicht einverstanden (siehe untenstehenden Bericht).

**Die Aufgabe einer sozialen Gemeinde:
Den Menschen das Leben
leichter machen!**



Sorgen über die Zukunft oder die Gesundheit, Vereinsamung, psychische oder finanzielle Probleme. Viele Menschen durchleben gerade schwere Zeiten. Eine Gemeinde kann sicherlich nicht alle Probleme abfangen, aber

vieles wäre umsetzbar wenn genug Geld bereitgestellt werden würde.

Gerade in den Zeiten der Krise hat die öffentliche Hand die Aufgabe die Menschen zu unterstützen, Hoffnung und Sicherheit zu geben. Dass den Gemeinden dafür das Geld fehlt ist ein großes Problem, gegen das wir gemeinsam ankämpfen müssen. Es ist genügend Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen!



In Graz hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ sich zum Ziel gesetzt eine sozialere, demokratischere und freundlichere Stadt zu schaffen. In Graz wurden die Gebührenerhöhungen ausgesetzt und die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Parteienförderungen gesenkt. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen.

KPÖ und ÖVP stimmten dem Voranschlag nicht zu. Das Budget wurde von der SPÖ und GR Manuel Lackner beschlossen.

**Erhöhung des Gemeinderatssitzungsgeldes und Einführung von
Bezügen für Ausschussvorsitzende**

Neben Gemeinderat und Stadtrat gibt es in Spielberg noch sechs Ausschüsse. Nun wurde beschlossen das Gemeinderats- und das Ausschusssitzungsgeld anzuheben. Erstmals wurde auch eine monatliche Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden beschlossen.

Stadtrat, Prüfungsausschuss und Umweltausschuss sind Gremien, die gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Bezüge der Stadträte sind gesetzlich geregelt und liegen zwischen 30 und 20 % des Bürgermeisterbezugs von 5.626 Euro, brutto, 14 mal im Jahr.

Wieviele Ausschüsse es zusätzlich gibt, und ob die Vorsitzenden einen Bezug erhalten, liegt im Ermessen des Gemeinderates. Lediglich die Höhe eines möglichen Bezugs ist mit 20 % des Bürgermeisterbezugs gesetzlich gedeckelt.

350 Euro brutto monatlich

Bisher gab es in unserer Gemeinde für die Ausschussvorsitzenden keinen Bezug. Alle Ausschussmitglieder erhielten ein Sitzungsgeld in der Höhe von 57 Euro pro Sitzung. **Spielberg war damit eine bemerkens- und lobenswerte Ausnahme.** Ab 1. Jänner dieses Jahres wurde nun für die Vorsitzenden ein monatlicher Bezug von 350 Euro brutto, 12 mal im Jahr, beschlossen.

In Spielberg gibt es sechs Ausschüsse. Sie werden von Mitgliedern des Gemeinderates geführt. In vielen Gemeinden leiten Stadträte Ausschüsse. Stadträte die einen Ausschuss leiten bekommen dafür keinen zusätzlichen Bezug. Die ÖVP hat den Antrag gestellt, die Ausschussleute wenn möglich mit Mitgliedern des Stadtrates zu besetzen. Das wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

GR-Sitzungsgeld von 57 auf 100 €
Das Sitzungsgeld in den Ausschüssen wurde von 57 auf 75 Euro pro Sitzung angehoben. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erhalten nun kein Sitzungsgeld mehr. GemeinderätInnen bekommen pro Gemeinderatssitzung ein Sitzungsgeld. Das wurde nun von 57 auf 100 Euro angehoben.

Die Sitzungsgelder wurde zwar viele Jahre lang nicht erhöht. Allerdings sprengt eine Anhebung von 57 auf 100 Euro (das ist mehr als in der Gemeinde Knittelfeld) für uns den Rahmen. Deshalb haben wir dieser Erhöhung nicht zugestimmt.

Dass es bis jetzt für Ausschussvorsitzende keinen regelmäßigen Bezug gegeben hat war vorbildlich. Das haben wir anerkannt und mehrmals in unserer Gemeindezeitung gewürdigt. Nun hat man sich entschlossen von diesem Prinzip abzugehen. Dass Vorsitzende auch organisatorische und öffentliche Arbeit leisten ist unbestritten. Deshalb lehnen wir eine finanzielle Anerkennung nicht völlig ab. Man hätte aber auch den Weg wählen können das Sitzungsgeld für Vorsitzende deutlich anzuheben. KPÖ und ÖVP haben sich bei der Beschlussfassung des monatlichen Bezugs der Stimme enthalten, was nach dem Gemeinderecht einer Ablehnung gleichkommt.

Die Ausschüsse:
Bau, Verkehr, Raumordnung: Franz Schimpfhuber
Kultur, Bildung: Gerhard Scheucher
Umwelt, Energie, Klimaschutz: Florian Gruber
Sport, Jugend, Gesundheit: Markus Eisenkohl
Soziales, Wohnen, Generationen: Petra Schimpl
Prüfungsausschus: Manuel Lackner

Aus dem Gemeinderat

Jährliche Gebührenerhöhung

Der Gemeinderat hat eine neue Abfuhrordnung beschlossen, die auch die Müllgebühren regelt. Teil der Verordnung ist auch eine jährliche automatische Preissteigerung der Gebühren nach dem Verbraucherpreisindex.

Sozialleistungen werden nicht automatisch jedes Jahr angehoben. Wir meinen auch Gebührenerhöhungen sollten im Gemeinderat diskutiert und nicht jedes Jahr automatisch erhöht werden. Deshalb haben wir als einzige Fraktion gegen die neue Abfallordnung gestimmt.

Schlechte Schneeräumung

Wir haben vorgebracht, dass die Schneeräumung in einigen Bereichen, wie z.B. der Südoststraße, schlecht funktioniert habe. Der Bürgermeister bat um Verständnis, die Probleme seien auf Grund der großen Schneemenge und einigen Ausfällen durch Corona-Erkrankungen entstanden.

Radverbindung Spielberg-Gaal

Der Gemeinderat hat sich in einem Grundsatzbeschluss für die Errichtung einer Radverbindung zwischen Spielberg und Gaal ausgesprochen. Die für das Projekt nötigen Vorarbeiten werden damit gestartet.



KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld,
Friedensstraße 10, Telefon:
03512/82240 E-Mail:
knittelfeld@kpoe-steiermark.at

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Korruptionsverdacht bei Umweltprüfungen

Im Jahr 1993 wurde in Österreich das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP) beschlossen. Ziel dieses Gesetzes ist, Umweltschäden nach dem Vorsorgeprinzip von vornherein zu vermeiden und Umweltauswirkungen ganzheitlich und umfassend zu betrachten.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden durchgeführte UVP-Verfahren von Seiten der Wirtschaft und ihnen nahestehenden PolitikerInnen immer wieder in torpediert und in Misskredit gebracht. Es wurden sogar Gesetze erlassen um UVP-Verfahren auszuhöhlen, wie z.B. das Steirische Veranstaltungsgesetz. Das wurde auf Motorsportveranstaltungen zugeschnitten und erlaubt Lärmbelastungen, die in Wahrheit unerträglich sind.

Nun stehen Beamte jener Behörde, die in der Steiermark für die Bewilligung von Großprojekten zuständig ist, unter dem Verdacht von Korruption, Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch. So sollen z.B. Antragsteller Teile der Bescheide, die ihnen dann zugestellt wurden, selbst formuliert haben. Passend dazu machten sich, inzwischen suspendierte, leitende BeamtInnen der UVP Behörde über Sorgen der Bürger bei einer Weihnachtsfeier lustig!

Minex, Red Bull, Windpark Stubalpe und Zellstoff Pöls

Unter den zahlreichen Verfahren, an denen die beschuldigten BeamtInnen beteiligt waren, befinden sich auch welche in unserer Region: Minex, Red Bull, Windpark Stubalpe und Zellstoff Pöls mit drei Verfahren. In der Vergangenheit haben sich viele die Frage gestellt wie es möglich ist, dass manche Projekte überhaupt genehmigt wurden. Nun ist es wichtig, dass alle in Frage kommenden Verfahren genau überprüft und wenn nötig neu aufgerollt werden. Dafür wird sich die KPÖ im Landtag einsetzen.

In Sachen Minex gibt es eine aktive Bürgerinitiative die vielfach darauf hingewiesen hat, dass ihre Einwände kein Gehör finden würden. Knapp vor den Gemeinderatswahlen haben fünf SPÖ-Bürgermeister beschlossen in Sachen Minex ein unabhängiges Gutachten um rund 32.000 Euro in Auftrag zu geben. Im Spielberg Gemeinderat wurde der Zusatz beschlossen, dass die Einwände der Bürgerinitiative zwingend berücksichtigt werden müssen. Das ist in keiner Weise geschehen. Während das beauftragte Unternehmen mit Minex Kontakt aufgenommen hat wurde die Bürgerinitiative nicht miteinbezogen. Nicht einmal die Ergebnisse der Studie wurden öffentlich und gemeinsam mit der Bürgerinitiative diskutiert.

Viel zu oft hat man das Gefühl, dass die Sorgen der BürgerInnen – wenn überhaupt – nur vor Wahlen kurz Gehör finden. Viel zu oft hat man das Gefühl, dass Großvorhaben von der Politik wohlwollende Unterstützung bekommen, während Bürgerinitiativen mühsam darum kämpfen müssen zu ihrem Recht zu kommen.

Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft in der die Interessen der Wirtschaft bestimmend sind und dem Profitstreben alles untergeordnet wird. Dass der Macht der Wirtschaft manchmal Zügel angelegt werden ist den Kämpfen vieler engagierter Menschen zu verdanken, das gilt es zu stärken, meint ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Heizkostenzuschuss:

Nur wenige haben Anspruch

Das tägliche Leben wird immer teurer, die Ausgaben für Energie steigen besonders stark. Der Gemeinderat hat beschlossen den Heizkostenzuschuss der Stadtgemeinde von 60 auf 100 Euro zu erhöhen. Das ist Positiv. Allerdings wurde im Vorjahr nur an 39 Personen ein Zuschuss ausbezahlt.

Die Richtlinien des Spielberger Zuschusses sind die gleichen wie jene des Landeszuschusses und damit sehr restriktiv. Wer eine Wohnunterstützung bezieht hat keinen Anspruch auf den Heizkostenzuschuss. Außerdem gelten die Familienbeihilfe und die Kindergartenbeihilfe als Einkommen, auch das Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld wird als Einkommen eingerechnet.

Leider wurde unser Antrag, dass auch BezieherInnen von Wohnunterstützung bezugsberechtigt sind und Familienbeihilfe, Kindergartenbeihilfe, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld nicht als Einkommen gelten allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Buswartehäuschen - bitte warten

Leider wurde die für 2021 geplante Errichtung von Buswartehäuschen wieder verschoben. Wir haben nachgefragt. Der Bürgermeister erklärte das werde nun 2022 umgesetzt.

Es wird immer dafür geworben öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Aber das Angebot und die nötige Ausstattung um den öffentlichen Verkehr attraktiv zu machen hinken allzuoft hinterher.



Ein Spielberger Bürger hat uns aufmerksam gemacht, dass es in Knittelfeld bei einigen Haltestellen digitale Fahrplananzeigen gibt. Diese Bildschirme würden den Gemeinden vom Verkehrsverbund kostenlos zu Verfügung gestellt werden.

Wir haben uns erkundigt und das wurde uns bestätigt. Wir haben den Bürgermeister informiert und hoffen auf eine Umsetzung im Zuge der Errichtung der Wartehäuschen.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof
Kirchengasse 6
Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at



Der Versiegelungswahnsinn geht weiter

Auf den Grünflächen im Bereich der Playworld ist ein Projekt mit Bürotürmen im Planung. In unserer Region gibt es leerstehende Gebäude zu Hauf. Diese Pläne sind absurd und umweltzerstörerisch.

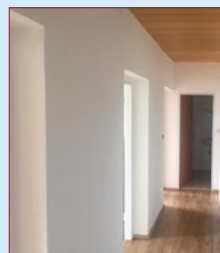
Verkehrsspiegel Privatsache?

Die Einmündung des Weges neben dem Musikerheim in die Maßwegerstraße ist sehr schlecht einsehbar. Die AnrainerInnen wünschen sich Verkehrsspiegel um die Sicherheit zu erhöhen. So wie sie auch bei den anderen Nebenstraßen in diesem Bereich vorhanden sind. Das haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht.

Der Bürgermeister erklärte, man sei gerne bereit Spiegel zu besorgen und zu montieren. Die Anschaffungskosten müssten aber von den AnrainerInnen bezahlt werden, da es sich um eine Privatstraße handle.

Diese Argumentation ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Gefahrenquelle ist gegeben. Falls es hier zu einem schweren Unfall kommt sind - neben dem menschlichen Leid - die Kosten für die Gesellschaft sicherlich viel höher als die Anschaffungskosten von Verkehrsspiegeln.

Wohnung in Knittelfeld zu vermieten

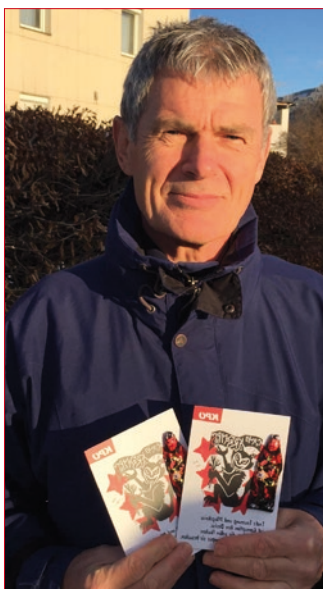


**Hochhaus, Sandgasse 8
Neue Küche, 3 Zimmer,
ca. 70 m² & Kellerabteil
Monatsmiete ca. € 570,-
(inkl. BK und HK)**

**Kontakt:
0676/7996811**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. Für den Inhalt verantwortlich: Erich Wilding, Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.





Trotz Teuerung und Pflegekrise ist Korruption ihre Devise. Die Politiker, die sollen fluchen: jetzt kommt der Krampus sie besuchen!

KPÖ-Krampusaktion



Lock-Down-bedingt kam der Krampus bei der alljährlichen Verteilaktion der KPÖ heuer nur vor die Wohnungstüre.

Verringerung der Belastung durch Fluglärm: Für die anderen Gemeinderatsfraktionen nicht wichtig

Leider ist die Lebensqualität in unserer schönen Region durch Lärm (Schnellstraße, Eisenbahnverkehr, Red Bull Ring, Fliegerhorst Hinterstoisser...) stark beeinträchtigt. Die Belastung ist oft unzumutbar.

Es ist eindeutig erwiesen, dass Lärm die Gesundheit schädigt und zu schweren Krankheiten führen kann. Deshalb ist es dringend nötig aktiv zu werden, um eine Verringerung der Lärmbelastung zu erreichen.

Wir haben den Antrag gestellt, der Gemeinderat solle das Verteidigungsministerium auffordern eine Halbierung aller Flugbewegungen (sowohl Einsatz und Trainingsflüge der Eurofighter, als auch jene aller anderen Fluggeräte) vom und zum Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg zu veranlassen.

Eigentlich hätten wir erwartet, dass unser Antrag zumindest von der SPÖ positiv aufgenommen wird. Aber dem Antrag wurde von allen anderen Parteien keine Dringlichkeit zuerkannt. Er kam deshalb nicht auf die Tagesordnung. Nicht einmal eine Wortmeldung war den anderen Fraktionen das Anliegen nach einer Verringerung der Fluglärmbelastung wert.

Die KPÖ war von Beginn an in der Bürgerinitiative gegen den Ankauf der Draken aktiv. Wir haben die vielen gebrochenen Versprechen rund um die Stationierung von Abfangjägern im Aichfeld miterlebt.

So gibt es heute weder die zugesagte Aufteilung der Flugbewegungen auf ganz Österreich, noch die versprochenen Arbeitsplätze durch Betriebsansiedelungen im Zuge der Eurofighter-Gegengeschäfte, oder gar den versprochenen „Luftfahrtcluster“. Statt versprochener Arbeitsplätze gab es eine ständige Steigerung der Lärmbelastung durch die Flugbewegungen.

Die SPÖ hat lange die Meinung vertreten, dass eine Luftraumüberwachung auch ohne Abfangjäger möglich sei und eine Nationalratswahl mit dem Versprechen gewonnen aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen.

Heute stellt der Klimawandel die Existenz der Menschheit in Frage. Es ist dringend nötig auch die klimaschädigende Rolle von Rüstung und Militärbetrieb ins Bewusstsein zu rücken. Die Zukunft unseres Bundesheeres sollte in der Hilfe bei Katastrophen statt bei teuren Auslands- und Flugeinsätzen liegen. Es ist ein Gebot der Stunde als Antwort auf die neuen Herausforderungen vehement weniger Flugbetrieb - und damit weniger Flugkosten, Lärm und Abgase zu fordern..

*Wir wünschen allen
Spielbergerinnen und
Spielbergern
alles Gute für 2022,
soziale Sicherheit,
Frieden und viel Gesundheit!*



**Ihre KPÖ-GemeinderätInnen
Erich Wilding und Petra Lorberau
und die KPÖ-Spielberg**

Airpower – heuer in Grün?



Immer häufigere Umweltereignisse und Katastrophen machen deutlich, dass sich die Klimakrise verschärft und

dass ein anderer Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen dringend notwendig ist. Dass eine Veranstaltung wie die Airpower in diesem Zusammenhang nicht mehr zeitgemäß ist, wird immer mehr Menschen bewusst.

Das merken auch die Verantwortlichen und deshalb wird versucht der heuer geplanten Veranstaltung ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Wie so oft wird auch hier die Verantwortung vor allem auf den/die Einzelne/n abgewälzt. Zum Beispiel sollen die Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen um die Umwelt nicht mit Autoabgasen zu belasten.

Das ist bezeichnend für den Umgang mit dem Klimawandel: Die arbeitenden Menschen sollen die Welt retten in dem sie weniger Energie verbrauchen, weniger Fleisch essen und weniger mit dem Auto fahren.



Das sind wichtige Punkte, dennoch sind für den größten Teil der klimaschädlichen Emissionen weltweit die großen Konzerne und die profitgetriebene Produktionsweise verantwortlich. Nicht zu unterschätzen ist auch die Energie- und

Ressourcenverschwendung, die Rüstung, Armeen und Kriege verursachen. Während wir also unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern sollen, zeigt der Staat, dass man hunderttausende Liter Kerosin einfach so verbrennen kann.

Geld für Soziales- und Gesundheit – statt für Shows mit Kampfflugzeugen

Gerade jetzt gibt es so viele Bereiche in denen Geldmittel dringend gebraucht würden. Zum Beispiel wurde trotz Pandemie nichts unternommen um die Kapazitäten im Gesundheitssystem auszubauen. Viele Menschen stecken noch immer in den finanziellen Schwierigkeiten, in die sie die Pandemie gebracht hat. Die Teuerung - besonders im Energiebereich - verschärft diese Probleme noch.

Das Grundkonzept der Airpower – massiver Treibstoffverbrauch von Kampf- und Zivilflugzeugen in der Luft und Besuchermassen bei der Anreise – ist mit Klimaschutz nicht vereinbar. **Noch wäre Zeit die Airpower abzusagen.**

Eingeknickt: Von der Vorgangsweise gegen die Airpower zum „kritischen JA“

Wir haben die Airpower im Herbst im Gemeinderat zum Thema gemacht. Auf Grund unserer Initiative haben SPÖ, ÖVP und KPÖ folgenden Gemeinderatsbeschluss gefasst:

„Der Gemeinderat beauftragt den Umweltausschuss, in einer zeitnahen Sitzung, einen Vorschlag zu einer gemeinsamen Vorgangsweise der Aichfeld-Gemeinden **gegen** die Airpower auszuarbeiten und den Gemeinden der Region vorzuschlagen.“

Das fanden wir sehr positiv und bemerkenswert. Im Sinne des Beschlusses hat die KPÖ einen Vorschlag zu einer Alternativveranstaltung zur Airpower erarbeitet und an alle GemeinderätInnen verschickt. Es geht darum Alternativen aufzuzeigen, wie eine nachhaltige Tourismusveranstaltung aussehen könnte.

Die wichtigsten Punkte des KPÖ-Konzepts

1. Statt der Airpower soll eine mehrwöchige Veranstaltung im Aichfeld konzipiert werden, in der die Leistungen des Bundesheeres und der Freiwilligenorganisationen bei wetterbedingten Katastrophenfällen im Mittelpunkt stehen.
2. Diese Katastrophenfälle sollten in Hinblick auf Entstehung, Vermeidung und Vorbeugung wissenschaftlich so aufgearbeitet und präsentiert werden, dass diese einerseits als Lehrveranstaltungen für Schulen und andererseits auch für ein breites Publikum tauglich sind. Ziel soll sein, ein breites Verständnis für Klimaschutz, sorgsamem Umgang mit Boden und Ressourcen wissenschaftlich, und doch leicht verständlich zu vermitteln.
3. Gemeinsam mit dem Land Steiermark eine solche Veranstaltung unter Einbeziehung von im Klima- und Umweltbereich tätigen Universitäten und NGO's weiterzuentwickeln und im Intervall von 2 Jahren durchführen.

Dieses Konzept haben wir im Dezember im Gemeinderat als Antrag eingebracht. Es wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Fortsetzung ➔

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-Bezirkssekretär Josef Mezlenyi
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 9. Februar

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 bis 12.00 Uhr,
Voranmeldung: 03512/ 82240

www.kpoe-steiermark.at
Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Forsetzung ➔



Statt einem Vorschlag zu einer gemeinsamen Vorgehensweise der Aichfeld-Gemeinden gegen die Airpower wurde ein Papier mit dem Titel „Für ein kritisches JA

zur Airpower - aber es braucht Veränderungen!“ beschlossen. Ein Bekenntnis zur Airpower - behübscht mit grünen Tarnmantel.

Im Herbst hat mit der Gemeinde Spielberg zum ersten Mal hat eine Murtalgemeinde gegen die Airpo-

Bundesheer und Neutralität Mitspielen bei der EU-Militarisierung?

Das österreichische Bundesheer hat laut Verfassung den Auftrag die Souveränität und Neutralität Österreichs bewaffnet zu schützen. Dazu bekennen wir uns. Dafür braucht man keine teuren Abfangjäger oder kostspielige Auslandseinsätze.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten gibt es eine besorgniserregende Entwicklung. Das Bundesheer wird fit gemacht um mit NATO-Armeen für gemeinsame Einsätze kompatibel zu sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Kaufentscheidung für den Eurofighter zu sehen, aber auch die Teilnahme an den EU-Battlegroups, die an sich schon ganz klar der Neutralität widersprechen.

Was macht das Bundesheer in Afrika?

Auch die Auslandseinsätze des Bundesheeres finden nun vor allem im Rahmen von NATO und EU-Missionen statt. Unter anderem im Kosovo, zeitweise in Afghanistan oder in Mali. Dort ist Österreich an der Ausbildung einer Armee beteiligt, der im laufenden Bürgerkrieg schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden und die sich in den vergangenen Jahren mehrfach an die Macht geputscht hat.

Völkerrechtswidrige Kriege

Die NATO will mehr Soldaten in den Irak entsenden. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hatte erklärt Österreich sei zur Entsendung von „mindestens zehn, bei Bedarf auch mehr“ Soldaten in den Irak bereit. Die Militärpräsenz in vielen Staaten ist das Ergebnis völkerrechtswidriger Angriffskriege, wie gegen Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen oder den Irak.

Durch eine aktive Vermittlungspolitik und echte Entwicklungszusammenarbeit könnte Österreich viel besser zu einer friedlichen Entwicklung beitragen. **Das neutrale Österreich hat bei solchen Militäreinsätzen nichts verloren!**

Airpower - gedanklicher Türöffner

Bei der Airpower werden die Faszination der Technik und spektakuläre Vorführungen dazu benutzt Waffen zu verharmlosen und Akzeptanz für Kriegsgeräte und Millitäreinsätze zu schaffen. Auch das ist einer der vielen Gründe warum wir die Airpower ablehnen.

Der große Umfaller

wer Stellung bezogen. Auch Bürgermeister Manfred Lenger fand deutliche Worte gegen die Airpower. Von dieser kritischen Haltung ist nichts übrig geblieben.

In einem Papier, mit dem der Wirtschaftsbund seine Freude hätte, wird ein Bekenntnis zur Airpower abgeliefert. Das ist eine große Enttäuschung. Hätte sich die Gemeinde Spielberg gegen die Airpower ausgesprochen und eine Alternativveranstaltung eingefordert wäre das ein Paukenschlag, ein mutiger Schritt für den Klimaschutz gewesen. Das „kritische Ja“ zur Airpower ist eine vergebene Chance und ein großer Umfaller.

Meinst du die Russen wollen Krieg?

Lautete der Titel eine Gedichts des russischen Dichter Jewgeni Jewtuschenko in den 60-er Jahren. Leider hat sich an der anrussischen Propaganda in all den Jahrzehnten nicht viel geändert. Trauriges Beispiel ist der Ukraine-Konflikt.

Anfang der 90er Jahre, als sich das Warschauer Militärbündnis aufgelöst hat und Deutschland wiedervereinigt wurde, wurde Russland zugesagt, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen werde. Seitdem haben sich die Grenzen der NATO weit nach Osten verschoben. Die meisten ehemaligen Verbündeten Russlands bzw. der Sowjetunion sind mittlerweile NATO-Mitglied. Im Baltikum ist das Militärbündnis direkt an die Grenzen Russlands herangerückt.

Die NATO ist nicht bereit einen Beitritt der Ukraine auszuschließen, NATO-Truppen sind bereits in der Ukraine stationiert. Russland wird eingekreist und fürchtet um seine Sicherheit. Hinter dieser Politik der NATO stehen die weltpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA. Der Konflikt in der Ukraine wird aufgestachelt um Russland unter Druck zu setzen.

Die EU spielt dieses Spiel mit – gegen die Interessen der Menschen in Europa. Der Frieden in Europa ist in Gefahr. Daraus könnte ein Weltenbrand entstehen. Ein Krieg in der Ukraine brächte unsägliches Leid in den betroffenen Regionen und wäre mit massiven Fluchtbewegungen verbunden. Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären unabschätzbar.

Je näher eine Militärmacht an die Grenze einer anderen Militärmacht heranrückt, desto gefährlicher wird es. Eine Abrüstung, der Waffen und der Worte, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone und verlässliche Sicherheitsgarantien sind dringend nötig.

Militärausgaben 2020*

NATO: 1.103 Milliarden US-Dollar

USA ohne NATO: 778 Milliarden US-Dollar

Russland: 62 Milliarden US-Dollar

*Quelle: Stockholmer Friedensforschungsinstitut

Protest der Pflegekräfte

Ohne bessere Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung sind die Probleme nicht zu lösen



Tausende Pflegebeschäftigte haben in den letzten Monaten in vielen österreichischen Städten eindrucksvolle Zeichen für

die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen gesetzt. Vor dem LKH-Knittelfeld haben sich viele Menschen versammelt. Auch die KPÖ hat den Protest unterstützt.

Die Pflegekrise lässt sich nicht mehr leugnen. Laut OECD-Vergleich liegt Österreich bei der Anzahl der Pflegepersonen mit 7,7 pro 1.000 EinwohnerInnen europaweit im untersten Drittel, hinter Staaten wie Tschechien, Slowenien. Dadurch ist der Druck auf die einzelnen Beschäftigten enorm.

Jede zweite Pflegekraft denkt regelmäßig ans Kündigen. Schuld daran sind laut einer Umfrage unter Spitalspflegekräften hauptsächlich die sehr harten Arbeitsbedingungen und die schlechte Bezahlung.

Viele Beschäftigte - Pflegekräfte, ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen - leisten Großartiges, aber sie arbeiten am Limit. Sie brauchen dringend eine Entlastung. Gute Arbeitsbedingungen und faire Gehälter wirken besser gegen Personalmangel als jede Image- und Werbekampagne.

Trotz der Missstände im Pflegebereich sind auf bundes- und landespolitischer Ebene keine Lösungen in Sicht. Stattdessen wird die Anwerbung von Pflegepersonal aus Kolumbien oder den Philippinen vorbereitet.

Die medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung von Menschen ist eine schöne, aber auch sehr schwere und verantwortungsvolle Aufgabe. Es braucht faire Arbeitsbedingungen und endlich die entsprechende Entlohnung!

Die wichtigsten Forderungen:

- ▶ Mehr Personal & Anhebung des Pflege-Schlüssels
- ▶ Bessere Bezahlung und mehr Freizeit für das Pflegepersonal

- ▶ Deutliche Aufstockung der Ausbildungsplätze gegen den Personalnotstand
- ▶ Höhere finanzielle Unterstützung für Menschen in Pflege-Ausbildungen

Es braucht mehr Personal!



In der Pflege brennt der Hut! Die Beschäftigten in den Spitälern und Pflegeheimen arbeiten seit Jahren am Limit.

Anstatt dem endlich Rechnung zu tragen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, stellten sich SPÖ und ÖVP weiterhin auf stur. Sie stimmten im Landtag gegen den KPÖ-Antrag, den Personalschlüssel in den Spitälern und Pflegeheimen endlich anzuheben.

Am Bettenabbau wird festgehalten!

Die Corona-Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, dass es einen Ausbau der medizinischen Kapazitäten braucht um die Versorgung auch in Ausnahmesituationen zu sichern.

Im Gegensatz dazu setzt die steirische ÖVP/SPÖ-Landesregierung den Abbau von Spitälern und Spitalsabteilungen fort. Nun soll die Abteilung der Allgemein Chirurgie in Bruck geschlossen und nach Leoben übersiedelt werden. Von den derzeit 15 Spitälern sollen fünf bis acht zugesperrt, hunderte Spitalsbetten abgebaut werden. Schon in den vergangenen Jahren gab es es etliche Schließungen:

- Geburtenstation in Wagna (2012)
- Geburtenstation in Bruck (2012)
- Interne Abteilung Stolzalpe (2012)
- Geburtenstation Voitsberg (2013)
- Chirurgie und Anästhesiologie Mürzzuschlag (2013)
- Teilschließung Ambulanz Mariazell (2014)

So eine Zusperrpolitik ist verantwortungslos!